

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Hans-Jürgen Wischniewski
MdB, Stellvertretender
SPD-Vorsitzender, wendet
sich an die Demonstranten
in Bonn. Seite 1/2

Helmut Mintz, Vizepräsi-
dent der Bundesanstalt für
Arbeit, schlägt vor, die
arbeitsmarktpolitischen
Instrumente zu erhalten.
Seite 3/4

Rudolf Dreßler MdB, Vor-
sitzender des Bundesauss-
schuß der AfA, fordert
ein neues, umfassendes
Arbeitsschutzgesetz.
Seite 5/6

Klaus Kirschner MdB will
Asbest aus dem Produktions-
prozeß entfernt wissen.
Seite 7

Dokumentation:
Amerikanische Wissenschaft-
ler und die Europäische
Friedensbewegung.
Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 193

9. Oktober 1981

Ein Wort an die Demonstranten vom 10. Oktober in Bonn

Der Bundeskanzler braucht Unterstützung für seine Politik

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Am heutigen Tag werden viele tausend Menschen in Bonn für den Frieden demonstrieren. Diese Menschen nehmen ein Recht in Anspruch, das ihnen unser Grundgesetz gewährt. Wir werden für die Bewahrung und Erhaltung dieses demokratischen Rechts eintreten und kämpfen. Ich wünsche, die Menschen in Europa hätten dieses Recht schon überall erreicht.

Zu dieser Demonstration haben viele sehr unterschiedliche Gruppen und Institutionen aufgerufen. Sie alle rechnen sich der Friedensbewegung zu. Ich sehe in der Friedensbewegung drei sehr unterschiedliche Gruppierungen und möchte den Teilnehmern dieser Demonstration auch sehr offen sagen:

1. Eine sehr große Gruppe hält das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West auf unserer Seite durch unsere Mitgliedschaft und unseren Beitrag in unserem Bündnis für die Erhaltung des Friedens für unverzichtbar. Diese Politik hat uns in den letzten Jahrzehnten den Frieden in Europa erhalten. Aber die Anhänger dieser Gruppe wollen das Gleichgewicht auf einer möglichst niedrigen Stufe erreichen. Sie sind in größter Sorge, weil die Anstrengungen zur Erreichung von Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung bei weitem noch nicht ausreichen. Sie wollen mit ihrem Engagement auch durch die Teilnahme an Demonstrationen die Politik der Rüstungsbegrenzung in Ost und West fördern und unterstützen. Zu dieser Gruppe der Friedensbewegung möchte ich mich bekennen. Das gilt auch für die überwältigende Mehrheit meiner Freunde in der SPD, der ältesten Friedensbewegung in Deutschland.



2. Eine zweite Gruppe will auf das Gleichgewicht verzichten durch einseitige Rüstungsbegrenzung auf unserer Seite. Geschichte und Erfahrung lehren uns leider, daß diese Politik den Frieden nicht sicherer macht. Diese Politik schafft nicht mehr Sicherheit, sondern zusätzliche Unsicherheit.
3. Eine kleine Minderheit vertritt die Interessen anderer Staaten. Sie wollen uns einreden, daß die sowjetischen Raketen dem Frieden dienen und die amerikanischen Raketen den Krieg vorbereiten. Mit ihnen könnte ich nicht gemeinsam für den Frieden demonstrieren. Für mich ist das Ringen um den Frieden untrennbar mit Redlichkeit verbunden.

Für mich ist auch schwer verständlich, warum ich vor Raketenwaffen, die schon aufgestellt sind und noch laufend zusätzlich aufgestellt werden, weniger Angst haben soll, als vor solchen, die noch gar nicht aufgestellt worden sind. Willy Brandt hat zu Leonid Breschnew gesagt: "Wir sind für Verhandlungen mit dem Ziel, Nachrüstungen überflüssig zu machen, indem Vorrüstungen korrigiert werden."

Einige Demonstranten sagen auch ganz offen, daß sie gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt und seine Politik demonstrieren wollen. Selbstverständlich haben sie das Recht dazu. Dieser sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt sieht wie sein Vorgänger Willy Brandt seine Hauptaufgabe, ja, seine Lebensaufgabe darin, unseren deutschen Beitrag zu leisten, um den Frieden in Europa zu erhalten. In dieser schwierigen Zeit voll internationaler Krisen war es von entscheidender Bedeutung, unseren Beitrag zu leisten, um die beiden atomaren Weltmächte wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Helmut Schmidt hat dafür zäh und verbissen gearbeitet, ist nach West und Ost gereist, hat sich bemüht, unsere besonderen deutschen Interessen einzubringen und hat sich dafür auch noch von der Opposition beschimpfen lassen.

Am 30. November beginnen die Verhandlungen, die für uns von so entscheidender Bedeutung sind und auf die wir lange gewartet haben. Das ist insbesondere auch ein Erfolg von Helmut Schmidt und seiner Politik. Unsere amerikanischen Verbündeten sind bereit, über die Null-Lösung zu verhandeln. Aus der Sowjetunion haben wir neue Informationen, die uns sagen, daß die Sowjetunion bereit ist, die Zahl ihrer Raketen zu senken, wenn die Vereinigten Staaten mit Verständigungsbereitschaft und dem Willen zu vernünftigen Verhandlungen an die Fragen herangehen.

Diejenigen, die heute meinen, gegen den Bundeskanzler und seine Politik demonstrieren zu müssen, die sollten daran denken, daß des Kanzlers Politik entscheidend dazu beigetragen hat, dieses erste zarte und noch so schwache Pflänzlein des Beginns von Verhandlungen zur Begrenzung des Rüstungswahnsinns zu erreichen. Wer den Frieden will, der sollte sich darum bemühen, die Position unseres Bundeskanzlers für eine Phase schwieriger und für uns lebensnotwendiger Verhandlungen zu stärken und nicht zu schwächen.

Die Auseinandersetzungen um die Bonner Demonstration haben auch in meiner Partei zu mancher überspitzten Formulierung geführt. "Dolchstoß" und "Trottel" sind keine geeigneten Vokabeln für die Diskussion um den Frieden. Der Respekt vor der Meinung des anderen gehört zum inneren Frieden. Den inneren Frieden brauchen wir, um die Kraft zu haben, den äußeren Frieden zu erhalten.

In diesem Sinne wünsche ich den Teilnehmern an der Demonstration vom 10. Oktober 1981 in Bonn von ganzem Herzen eine glückliche Anreise, eine ausschließlich friedliche Demonstration für den Frieden, ein hohes Maß an Redlichkeit, um die auch ich mich jeden Tag neu bemühen muß, und eine glückliche Heimkehr.

(-/9.10.1981/ks/va)

+ + +



Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente erhalten

Konsolidierung der Arbeitsförderung noch einmal überdenken

Von Helmut Mintz

Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit

Ein Blick auf unseren Arbeitsmarkt macht es schwer, nicht in Pessimismus zu verfallen: Arbeitslosenzahlen wie letztmals in den 50er Jahren und eine so geringe Zahl an offenen Stellen, das sogar rechnerisch damit nur gerade jeder siebte dieser Arbeitslosen versorgt werden könnte. Dazu noch ein für das nächste Jahr zu erwartendes Wachstum, das - wenn es eintrifft - nicht einmal den Zuwachs an Menschen, die arbeiten wollen auffangen kann. Weiter steigende Arbeitslosigkeit scheint programmiert und wird - so fürchte ich - hingenommen. Das aber darf nicht geschehen.

Vor diesem Hintergrund sollten mehrere Passagen des im Entwurf vorliegenden Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetzes überdacht werden. Ich will nicht das Gesamtkonzept infrage stellen. Auch die Bundesanstalt für Arbeit muß sich den finanzpolitischen Möglichkeiten anpassen. Allerdings sollte doch noch einmal die Frage aufgeworfen werden, ob es tatsächlich sinnvoll ist, das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium der Bundesanstalt so stark, wie jetzt vorgesehen, einzuschränken.

Das sind zunächst die beruflichen Förderungsmaßnahmen. Jetzt wird damit zweierlei erreicht: Zum einen entlasten sie den Arbeitsmarkt, weil, wer sich umschult oder fortbildet, nicht arbeitslos sein kann, oder der Platz, den er hierfür räumt, einem anderen zugute kommt. Zum anderen wirken sie dem trotz der hohen Arbeitslosigkeit spürbaren und allseits beklagten Fachkräftemangel entgegen. Auch hierdurch wird die Arbeitslosenzahl verringert, weil Stellen, die sonst nicht, doch oder zumindest schneller mit Arbeitskräften besetzt werden können. Dies kommt unserer Volkswirtschaft nicht nur jetzt, sondern auch in den nächsten Jahren zugute. Bei einem Aufschwung werden sogar noch mehr gut ausgebildete Arbeitskräfte gebraucht. Wenn sie nicht vorhanden sind, kann dadurch die Erholung der Wirtschaft weiter gebremst werden.



Gegenwärtig gibt es knapp 120.000 Teilnehmer an beruflichen Fortbildungsmaßnahmen in Vollzeitunterricht. Wäre die angestrebte Neuregelung bereits in Kraft, müßte eine größere Zahl von ihnen sicher der Arbeitslosenzahl zugeschlagen werden.

Konkret: Muß man zum gegenwärtigen Zeitpunkt tatsächlich die Höhe des Unterhaltsgeldes bei Fortbildung und Umschulung, die ja auch motivierend wirkt, herabsetzen? Muß zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei der Aufstiegsförderung tatsächlich auf Darlehen übergegangen werden?

Dem Rotstift zum Opfer fallen werden - wenn das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz in seiner jetzigen Form in Kraft tritt - auch der größte Teil der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Nach dem Entwurf sollen sie nur noch in Gebieten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit möglich sein. Ich glaube, daß manche völlig übersehen, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in erster Linie neben ihrer arbeitsmarktpolitischen Wirkung eine erhebliche Sozialfunktion haben. Mit ihrer Hilfe können langfristig Arbeitslose wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Derartige Arbeitslose, die ohne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen überhaupt keine Chance mehr hätten, gibt es natürlich nicht nur zum Beispiel im Zonenrandgebiet oder in Ostfriesland, sondern auch in Stuttgart oder Frankfurt.

Gegenwärtig gibt es über 40.000 Arbeitslose in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der größte Teil von ihnen würde in der Arbeitslosenstatistik wieder auftauchen oder bleiben, wenn Gesetz wird, was jetzt im Entwurf vorliegt.

In die gegenwärtige Situation passen auch überhaupt nicht die Überlegungen der Bundesregierung, bei der Bundesanstalt für Arbeit ein Prozent des Personals einzusparen. Steigende Arbeitslosenzahlen lassen auch die Arbeit in den Arbeitsämtern steigen, was für jeden einsichtig sein sollte. Hinzu kommt dann noch, daß einige der geplanten Gesetzesänderungen ebenfalls zusätzliche Arbeit für die Arbeitsämter bringen. Es würde sicherlich sozialen Zündstoff geben, wenn eine wachsende Zahl von Arbeitslosen auf ihr Arbeitslosengeld oder ihre Arbeitslosenhilfe längere Zeit warten müßten. Die Leistungsfähigkeit der Arbeitsämter trägt auch zu unserem sozialen Frieden bei.

Wer aber wie ich an einigen Stellen mehr Geld ausgeben will, muß natürlich auch sagen, wo er Einsparungsmöglichkeiten sieht. Gegenwärtig werden die Beiträge zur Krankenversicherung und zur Rentenversicherung, die die Bundesanstalt für Arbeit für ihre Leistungsempfänger bezahlt, auf der Grundlage des bisherigen Bruttolohns errechnet. Hierdurch erleiden die Leistungsempfänger keine Einbußen bei ihrer späteren Rente. Es wäre durchaus vernünftig, diese Beiträge künftig nur noch auf die Höhe von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zu beziehen. Das brächte der Bundesanstalt und auch der Bundesregierung, die ja die Arbeitslosenhilfe bezahlt, beträchtliche Einsparungen, die sie arbeitsmarktpolitisch sinnvoll für die berufliche Fortbildung und Umschulung und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgeben könnte. Für den arbeitslosen Leistungsempfänger würden sich die Einbußen bei der späteren Rente in sehr engen Grenzen halten. Die Rentenversicherung würde nicht zusätzlich belastet werden, weil sie ja später entsprechend weniger zu zahlen hätte.

(-/9.10.1981/hl/ca)

+ + +



Die Arbeitsschutz-Reform gilt dem Menschen

Die Arbeitgeber verkünden unverhüllt egoistische Interessen

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Was gestern noch als Sozialismus diffamiert wurde, was angeblich die freie Entfaltung einengte, die Marktwirtschaft zerstörte, den freien Unternehmer unerträglich belastete ist heute "bewährt", war "erfolgreich" oder kann sich weiter "im Rahmen der bestehenden Ordnung" entwickeln. Die ideologische Kehrtwende der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gehört zum vorhersehbaren Programm:

- Jedes Gesetzesvorhaben, das uns sozialpolitisch einen Schritt nach vorn bringen soll, ist ab seiner Geburtsstunde Satanswerk gegen die Freiheit.
- Das bestehende erfährt die Streicheleinheiten des Bewährten.

Ob Betriebsverfassungsgesetz, Personalvertretungsrecht, Mitbestimmung oder wie im aktuellen Fall die "Arbeitsschutz-Reform": Es geht wieder los. Das Strickmuster ist gleich. Entstehen keine Kosten ruft man nach "Karlsruhe". Sind Kosten unvermeidlich gehen die Betriebe zugrunde. Zeitweise erfolgt auch beides. Heute haben wir den "bewährten Arbeitsschutz" durch die sozial-liberale Koalition. Wegen der Entstehung eines neuen Arbeitsschutzgesetzes rücken wir "in die Gefahr eines zunehmenden Perfektionismus". Die Klischee-Schieber der Arbeitgeberverbände beginnen mit der Trommel-Übung.

Die Reform des Arbeitsschutzes soll 20 bestehende Gesetze und Verordnungen erübrigen. In der Zielsetzung ist beabsichtigt, Überschneidungen zwischen Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften zu verhindern. Lärmschwerhörigkeit, Berufskrebs durch Asbest und andere mineralische Stoffe stellen schon länger eine Herausforderung für den Gesetzgeber dar.

Was für schwer belastete Arbeitnehmer vorbeugenden Schutz bewirken soll, ist für den Arbeitgeberverband "Perfektionismus". Die Lobby in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich etwas mehr einfallen lassen müssen. Vielleicht besinnen sich



die Abgeordneten der Union, aber auch, nachdem dort außer Kürzung der Arbeitslosenunterstützung und ähnlicher Geschmacklosigkeiten keine Botschaft für die Arbeitnehmer in den letzten Monaten beschlossen wurde.

Besonders sensibilisiert wird der Arbeitgeberverband dadurch, daß die Mitwirkungsrechte der Gewerkschaften weiter gestärkt werden sollen. Bei den Gewerbeaufsichtsämtern sollen paritätisch besetzte Arbeitsschutzbeiräte gebildet werden. Die Übernahme der Aufgaben des Jugendarbeitsausschusses könnten diese Beiräte mit übernehmen. Die Stellung der Betriebsräte wird ebenfalls eine Stärkung erfahren.

Herausragende Bedeutung muß der Absicht beigemessen werden, den Arbeitzeitschutz endlich den heutigen Gegebenheiten anzupassen. Es gilt nicht nur den NS-Jargon der aus unseliger Zeit stammenden und immer noch gültigen Arbeitszeitordnung abzulösen. Auch die Höchstgrenzen für Arbeitszeit und Mehrarbeit bedürfen der Aktualisierung.

Die in der Vorbereitung befindliche Arbeitsschutzreform soll die Menschen vor Überforderung bewahren, Berufskrankheiten zurückdrängen, Berufsunfälle weiter senken. Wer, wie der Arbeitgeberverband, diese sozialpolitische Absicht vom Begriff der "menschengerechten Gestaltung der Arbeit" trennen will, muß sich sagen lassen, wie Blinde von der Farbe zu reden.

Die Funktionäre der Arbeitgeber urteilen über Dinge, die ihnen vielleicht optisch begegnen. Erlebt haben Sie es nicht. Die Umstände ihrer Arbeit sind völlig andere. Man stellt erneut fest, daß besonders solche Personen über sozialpolitische Notwendigkeiten herfallen, die das ganze, wenn es hochkommt, besichtigen. Arbeitsbedingungen erleben, einer Unfallgefahr unmittelbar und ständig ausgesetzt zu sein, die Berufskrankheit als Damoklesschwert zu spüren, ist eine andere Sache. Niemand wünscht den Sprücheklopfern des Arbeitgeberverbandes Arbeitsbedingungen, die wir jetzt durch Schutzgesetze mildern wollen. Aber viele - besonders die Betroffenen - wünschen sich Partner in der Politik, denen es um die Sache geht. Verbandsinteressen sind beim Thema Arbeitsschutz fehl am Platz.

Wenn die bereits seit 25 Jahren von den Arbeitgebern vor allen sozialpolitischen Vorhaben prognostizierte Entwicklung eingetreten wäre, müßten wir heute ein Entwicklungsland sein.

(-/9.10.1981/ks/ca)

+ + +



Allgemeinwohl geht vor Eigennutz

Bremsbeläge aus Asbest bedrohen die Gesundheit

Von Klaus Kirschner MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Laut Krebsbericht der Bundesregierung sterben in der Bundesrepublik Deutschland jedes Jahr rund 155.000 Menschen an Krebs. Einer der verursachenden Faktoren ist die "Wunderfaser" Asbest. Es ist unbestritten, daß Asbest die Berufskrankheit Asbest-Lungenfibrose (Asbestose) verursacht, die durch Einatmen von Asbeststaub hervorgerufen wird. Die gesundheitsschädigenden Wirkungen am Arbeitsplatz durch Asbestfasern sind vielfältig: Pleurafibrose, bösartige Tumore wie Bronchialkarzinome und Mesotheliome des Rippen- und Bauchfells. Ein Krebsrisiko durch die Asbestproduktion muß nach dem Bericht des Umweltbundesamtes auch für die Allgemeinbevölkerung angenommen werden.

Auch der Club of Rome sieht die Gefahren durch die Asbestproduktion: Asbest steht an dritter Stelle aller weltweit die Umwelt am stärksten belastenden Schadstoffe. Nach Auskunft der Bundesregierung auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage meinerseits, die die gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung, insbesondere durch asbesthaltige Bremsbeläge betraf, werden beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland jährlich 8.000 Tonnen Asbest durch Abrieb in Bremsen von Automobilen an die Umwelt abgehen

Beim Bremsvorgang wird aufgrund der mechanischen und thermischen Beanspruchung der größte Anteil (99,5 bis 99,999 Prozent) des Asbests in amorphen Staub zerrieben. Der Rest, rund 13 Tonnen pro Jahr, wird in der gefährlichsten Form, nämlich faserförmig freigesetzt. Es ist wahrscheinlich, daß Kinder durch Asbeststaub beziehungsweise -fasern in der schleichend zerstörerischen Stadtluft noch gefährdeter sind als Erwachsene und deshalb durch Asbestausscheidungen von Bremsbelägen stärker gefährdet sind.

Hochrechnungen nach amerikanischen Untersuchungen und solche des Umweltbundesamtes weisen nach, daß etwa 4.000 bis 10.000 Menschen in unserem Land an asbestbezogenen Krankheiten sterben. Eine Dunkelziffer ist noch dazuzudenken, denn bei asbestbezogenen Krankheiten können Jahre vergehen, ehe sie zum Ausbruch kommen, oder sie werden als solche gar nicht ursächlich erkannt.

Dem Allgemeinwohl wird Schaden zugefügt, weil die Asbest-Lobby mit kaltem Profitdenken ihre schädigenden Produkte rücksichtslos herstellt und verkauft. Deshalb sind aus Gründen der Vorsorge entsprechende Schritte auf nationaler und supranationaler Ebene einzuleiten, wie es die Bundesregierung angekündigt hat. Auf nationaler Ebene ist Asbest zunächst in der Gruppe sehr stark gefährdender Krebsstoffe zu klassifizieren. Danach erst können Schritte für den Einsatz von Asbest durch Alternativstoffe - zumindest in der Bundesrepublik - eingeleitet werden. Dann müssen ferner entsprechende supranationale Vorschläge für Verwendungsbeschränkungen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und der UN-Wirtschaftskommission gemacht werden. Es muß jetzt endlich im Interesse der Qualität des Lebens und im Interesse der Krebsvorsorge Einhalt geboten werden, um das unternehmerische Prinzip der Gewinnmaximierung nicht ausarten zu lassen, das darauf gründet, kostengünstig zu produzieren, auch wenn es sich um gesundheitsschädigende und die Umwelt stark gefährdende Güter handelt; zumal im Falle Asbest für die Asbestprodukte meist gleichwertige oder sogar höherwertige asbestfreie Substitute herstellbar sind. Allgemeinwohl geht vor Eigennutz.

(-/9.10./vo-he/va)

+

+

+



Dokumentation

Die Bedrohung des Lebens von uns nehmen

Nach Ansicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve nimmt das Interesse in den USA an der europäischen Friedensbewegung zu. Als einen Beleg wertete er den Aufruf von Professoren, Künstlern, Wissenschaftlern und Schriftstellern zur Friedensbewegung. Den Aufruf haben unter anderem Wissenschaftler von Harvard, Princetown und Yale unterzeichnet. Der SPD-Pressedienst veröffentlicht den von Duve übersetzten Text im Wortlaut:

"Wir sind eine Gruppe von Amerikanern - Künstler, Mediziner, Psychologen, Naturwissenschaftler und Schriftsteller. Wir sind zusammen gekommen, um die Bedrohung durch den Atomkrieg zu diskutieren. Im Zentrum unserer Diskussion stand der Aufruf, den europäische Striftsteller an die Regierungen der Welt gerichtet haben, um dem atomaren Rüstungswettlauf Einhalt zu gebieten. Wir versichern der europäischen Öffentlichkeit: Viele, viele Amerikaner sind mit uns überzeugt, daß ein Atomkrieg die endgültige Katastrophe der Menschheit wäre. Wir halten es für die Pflicht aller Regierungen, diese Bedrohung unseres Lebens und des Lebens unserer Kinder wieder von uns zu nehmen. Wir wissen, daß in Europa die Ansichten all jener Amerikaner, die so denken wie wir, in jüngster Zeit kaum beachtet worden sind. Ja, unsere Positionen sind auch in der amerikanischen Presse viel zu wenig beachtet worden. Wir legen Zeugnis dafür ab, daß der atomare Rüstungswettlauf beendet werden muß und beendet werden kann. Wir stehen bei unseren europäischen Freunden - für die gemeinsame Sache der Menschheit." (-/9.10.1981/hf/ya)

+

+

+

